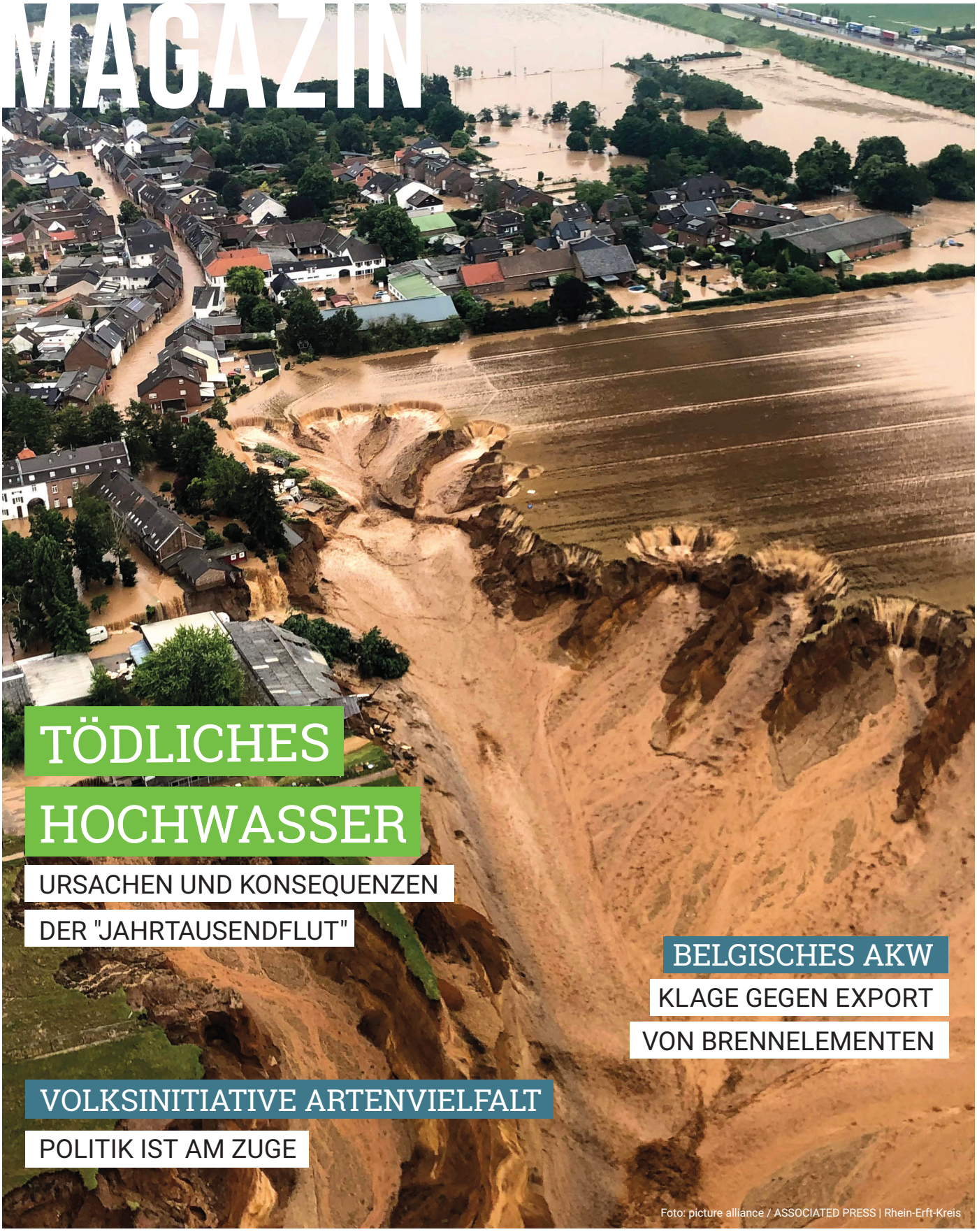
BUND MAGAZIN

03 21 | Landesverband Nordrhein-Westfalen

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



TÖDLICHES HOCHWASSER

URSACHEN UND KONSEQUENZEN DER "JAHRTAUSENDFLUT"

BELGISCHES AKW

KLAGE GEGEN EXPORT VON BRENNELEMENTEN

VOLKSINITIATIVE ARTENVIELFALT

POLITIK IST AM ZUGE

Foto: picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Rhein-Erft-Kreis

Flutkatastrophe

LAND UNTER

Mit nie gekannter Wucht haben die Starkregen Mitte Juli weite Teile des Landes verwüstet. Dabei sind die Folgen der Flutkatastrophe zum Teil auch hausgemacht. Die Politik ist gefordert.

Es waren verstörende Bilder: In Erftstadt-Blessem drohte eine Kiesgrube ein ganzes Dorf zu verschlingen, Altena und Hagen wurden unter einer Flut von Wasser und Geröll begraben, in weiten Teilen des Landes liefen Keller oder ganze Häuser voll. Mehr als 179 Menschen starben allein in NRW und Rheinland-Pfalz, bis heute werden Personen vermisst. Der Schaden geht in die Milliarden. Waren diese schrecklichen Folgen der Starkregen vermeidbar? Sicher nicht, aber sie hätten durch eine vorsorgende Politik zumindest gemindert werden können.

HOCHWASSERFOLGEN AUCH HAUSGEMACHT

Zu verantwortungsvollem politischen Handeln gehört auch, angesichts der dramatischen Folgen der Starkregenereignisse die Frage nach den Ursachen zu stellen und Defizite aufzuzeigen. "Die katastrophalen Folgen der Starkregen sind zu einem Teil hausgemacht“, sagt Holger Sticht, Landesvorsitzender des BUND. Spätestens nach dem Elbehochwasser 2002 war klar, dass gehandelt werden muss. Aber lange 19 Jahre ist viel zu wenig passiert. „Der anhaltend hohe Flächenverbrauch für Siedlungen, Gewerbe und Industrie, die großen Defizite beim ökologischen Umbau unserer Flüsse und Bäche sowie eine verfehlte Forstpolitik sorgen dafür, dass die Natur die Wassermassen nicht mehr abpuffern kann. Hier muss dringend umgesteuert werden", fordert der BUND-Landeschef. Von der Landesregierung erwartet der BUND deshalb mehr Engagement beim Klimaschutz, bei der Umweltvorsorge und der Klimafolgenanpassung.

Auch wenn die zur Katastrophe führende Wetterlage sehr außergewöhnlich war, zeichnet sich durch den fortschreitenden Klimawandel bereits eine zunehmende Häufung und Intensität solcher Extremereignisse ab. Trotzdem sah Ministerpräsident Armin Laschet keinen Anlass, seine Politik zu überdenken. "Weil jetzt ein solcher Tag ist, ändert man nicht seine Politik", so Laschet gegenüber dem WDR angesichts der Schreckensbilder. Später forderte er dann mehr Tempo beim Klimaschutz (*siehe Kasten rechts*).

KLIMASCHUTZ UND KLIMAANPASSUNG

Da hat NRW in der Tat massive Defizite. Am 1. Juli hat das Landesparlament das neue Klimaschutzgesetz von Armin Laschet passieren lassen. Dieses sieht zwar unter dem Eindruck des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts eine Anhebung der CO_2-Reduktionsziele auf 65 Prozent bis 2030 vor, bleibt aber vollkommen unverbindlich und definiert keine Maßnahmen. "Nordrhein-Westfalen ist und bleibt noch immer Kohleland, wenn es nach Armin Laschet geht", konstatierte BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen. "Die im März 2021 von der Regierung Laschet beschlossene Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik sieht so zum Beispiel vor, bis 2038 noch bis zu 900 Millionen Tonnen des Klimakillers Braunkohle aus dem Boden zu holen. Das ist fatal." Tausende gingen deshalb zusammen mit dem BUND am 7. August bei der großen Garzweiler-Demo auf die Straße und forderte einen Kohleausstieg bis spätestens 2030.

Auch das neue Klimaanpassungsgesetz droht ein "zahnloser Tiger" zu bleiben. Es sieht zwar die Erstellung einer Klimaanpassungsstrategie vor, was auch allerhöchste Zeit wird. Auch wird die Bedeutung von grüner Infrastruktur als eine wichtige Maßnahme betont. Allerdings fehlt es an einer entsprechenden verbindlichen Umsetzung auf den verschiedensten Planungsebenen. Die Kommunen werden bei der Aufstellung von Klimaanpassungskonzepten ebenso allein gelassen wie bei der Finanzierung der

Foto: picture alliance / REUTERS

Gefährliches Hochwasser: Am 17. Juli offenbaren sich die Flutfolgen bei Bergheim-Blessem.

Foto: Dirk Jansen

Friedliches Hochwasser: Am Rhein bei Düsseldorf kann die Urdenbacher Kämpe am 17. Juli die Fluten aufnehmen.

Maßnahmen. Schlimmer noch: Andere politischen Weichenstellungen drohen alle guten Ansätze im Keim zu ersticken.

VERSIEGELUNG STOPPEN

Fast 24 Prozent unseres Bundeslandes sind bebaut, etwa elf Prozent davon wasserundurchlässig. Dazu hat die Regierung Laschet aktiv beigetragen. CDU und FDP haben die Flächensparziele aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen und die Errichtung von Siedlungen, Gewerbe- und Industrieflächen im Freiraum erleichtert. Der tägliche Verlust von Freiraum zugunsten von Siedlungs- und Verkehrsflächen in NRW liegt im Mittelwert der letzten 10 Jahre bei etwa 12 Hektar. Überbaute Flächen aber fallen als Wasserspeicher weitgehend aus, das Niederschlagswasser rauscht ungebremt in das nächstgelegene Fließgewässer. Auch deshalb hat der BUND gegen die Änderung des Landesentwicklungsplans eine Normenkontrollbeschwerde beim Oberverwaltungsgericht Münster eingereicht.

Auch die Gewässerschutzpolitik des Landes kritisiert der BUND scharf. Nur 8 Prozent der Fließgewässer befinden sich in dem von der EU geforderten guten ökologischen Zustand. Den Bächen und Flüssen muss aber viel mehr Raum gegeben und alle Möglichkeiten zur Schaffung natürlicher Hochwasserrückhalteräume müssen genutzt werden. Stattdessen aber werden noch immer Flussauen und Überschwemmungsgebiete bebaut - katastrophalen Folgen sind damit vorprogrammiert. Zu einem schnellen Wasserabfluss trägt auch die vollkommen verfehlte Forstpolitik bei. Nur standortgerechte und naturnahe Waldökosysteme können ihre notwendige Funktion als Wasserspeicher erfüllen. Darauf muss die zukünftige Waldpolitik ausgerichtet werden, anstatt die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

LASCHETS KLIMABILANZ

Angesichts der dramatischen Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 in NRW betonte der NRW-Ministerpräsident und Unionskanzlerkandidat Armin Laschet wiederholt, man müsse mehr Tempo beim Klimaschutz machen. Zugleich sagte er, Nordrhein-Westfalen habe in seiner Regierungszeit viel erreicht. NRW habe die Summen für den Klimaschutz versiebenfacht, kein anderes Bundesland habe sowiel CO_2 eingespart, beim Zubau der Windenergie liege das Land auf Platz 1.
Dem BUND-Faktencheck halten diese vollmundigen Aussagen nicht Stand. Unterm Strich bleibt NRW Deutschlands Klimasünder Nr.1 und die erneuerbaren Energien wurden massiv ausgebremst. Wenn es Fortschritte gab, dann nicht wegen Laschets Klimapolitik, sondern trotz dieser.

FAKTENCHECK: LASCHETS KLIMABILANZ
www.bund-nrw.de/klimabilanz_laschet

Foto/M.: Dirk Jansen, CDU NRW

DÜRRE UND HOCHWASSER - GESUNDER WALD ALS SPEICHER

Der menschgemachte Klimawandel beschert uns immer extremeres Wetter. Auf der einen Seite Dürren wie in den letzten Jahren. Auf der anderen Seite aber auch sintflutartige Regenfälle, die im Juli mit katastrophalen Folgen verbunden waren. Beides sind zwei Seiten einer Medaille. Dabei spielen intakte Wälder eine wichtige Rolle.

Wälder beeinflussen den Landschaftswasserhaushalt massiv. Bäume verdunsten Wasser und reduzieren den Abfluss: Laubwald fast ausschließlich während der Vegetationsperiode, Nadelbäume ganzjährig. Unter Laubwald bildet sich mehr Grundwasser. Lockerer, belebter und durchwurzelter Waldboden speichert bis zu 200 Liter Wasser pro Kubikmeter Boden - Hochwasserprävention pur! Von dieser Speicherwirkung profitieren auch die Bäume in längeren Trockenperioden. Waldbäche leben von der Schwammwirkung des Waldbodens. Sie schwellen in Niederschlagsperioden nur langsam an und zehren in Trockenzeiten von dem gespeicherten Wasser.

Toter Wald verdunstet nichts. Wenn die abgestorbenen Bäume dann noch mit Harvestern „geerntet“ und die Waldböden massiv verdichtet werden, fließt viel zu viel Niederschlag ab. Steil ansteigende Hochwasser wie zuletzt in Hagen sind die Folge. Werden die Hänge auch noch gerodet, besteht bei Starkregen die Gefahr von Hangrutschungen und Muren.

Der BUND hat in seinem Positionspapier "Wald und Wasser" zahlreiche Forderungen zum Thema Wald und Wasserhaushalt gestellt.

DAS POSITIONSPAPIER ALS DOWNLOAD

https://www.bund-nrw.de/publikationen

Unterschriftenübergabe an Ministerin Ina Scharrenbach mit (v.l.) Holger Sticht, Thomas Krämerkämper, Dirk Jansen.

65.000 GEGEN WINDENERGIE-VERBOT

Der naturverträgliche Ausbau der Windenergienutzung ist eine zentrale Säule der Energiewende. Nur nicht in NRW. Die Regierung Laschet hält trotz aller Proteste an ihrer Politik des Ausbremsens der Windenergie fest.

Exakt 65.143 Unterschriften gegen die geplante Einführung eines 1.000 Meter-Mindestabstandes von Windenergieanlagen zu Wohngebieten hat der BUND an die Landesregierung übergeben. Stellvertretend für Ministerpräsident Armin Laschet nahm Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) Ende Juni die Appelle entgegen. „Der Gesetzentwurf torpediert die Klimaschutzziele und missachtet die Vorgaben aus dem Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wird er umgesetzt, würde fast ganz NRW zu einer Windenergie-Verbotszone werden“, sagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Einerseits neue Klimaziele zu definieren, sich dann aber andererseits dem Ausbau erneuerbarer Energien zu verweigern, ist nach BUND-Auffassung keine glaubwürdige Politik. Mit der sachlich nicht begründbaren Abstandsregel wird auch der Ersatz alter Anlagen an allseits akzeptierten Standorten ("Repowering") erschwert.

Der BUND lehnt pauschale Mindestabstände für Windenergieanlagen ab. Bestehende Gesetze bieten genügend Regelungen, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu sichern. Mögliche Konflikte auch mit dem Naturschutz können durch die Ausweisung von Windenergie-Vorranggebieten auf 2 Prozent der Landesfläche vermieden werden. Trotzdem hat die CDU/FDP-Mehrheit im Parlament das neue Gesetz am 1. Juli beschlossen.

MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/windenergie

Das Atomkraftwerk Doel liegt etwa 15 Kilometer vom Stadtzentrum Antwerpens entfernt an der Schelde.

KLAGE GEGEN BRENNELEMENTEEXPORT

GEFAHR AUS BELGIEN

Das belgische Pannen-Atomkraftwerk Doel liegt nur etwa 120 Kilometer von unserer Landesgrenze entfernt bei Antwerpen. Es sorgt aufgrund etlicher Störfälle fortlaufend für Negativ-Schlagzeilen. Ausgerechnet dorthin werden deutsche Brennelemente geliefert. Gegen die zuletzt erteilte Ausfuhrgenehmigung hat der BUND jetzt Klage eingereicht.

LANGE PANNENSERIE

Die beiden Atommeiler Doel 1 und 2 sind 1974/1975 in Betrieb gegangen. Es handelt sich mithin um sehr alte Reaktoren, die schon allein auf Grund ihres Alters in besonderer Weise störanfällig sind. Wegen Materialermüdung kam es bereits zum Austritt von Kühlflüssigkeit und Notabschaltungen. Zuletzt musste der Kernreaktor Mitte Juli wegen eines möglichen Lecks abgeschaltet werden. Simulationen der Universität Wien zeigen, dass im Falle eines Super-GAUs weite Bereiche Nordrhein-Westfalens in den roten Bereich mit einer erheblichen radioaktiven Belastung fielen. Trotzdem wurde die Laufzeit der Reaktoren 2015 um zehn Jahre verlängert. Selbst das oberste Gericht in Belgien hat diese Laufzeitverlängerung wegen fehlender Umweltverträglichkeitsprüfung für unrechtmäßig erklärt. Dennoch läuft das AKW weiter, auch dank der Brennelemente aus deutscher Produktion.

DER BUND KLAGT

Ab Mitte Januar wurden 52 Brennelemente trotz eines vom BUND dagegen eingelegten Widerspruchs aus der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen an das AKW geliefert. Die Genehmigung hatte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) erteilt. Obwohl der BUND-Widerspruch aufschiebende Wirkung hätte entfalten müssen, gingen die Brennelemente auf die Reise. Erst im Juni wies das BAFA den Widerspruch zurück. Die Begründung mutet abenteuerlich an: Der Schutz von Mensch und Umwelt werde vom Atomgesetz nicht erfasst, da es an umweltbezogenen Bestimmungen fehle. Auch gehe von dem maroden Atomkraftwerk Doel keine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland aus. Deshalb sei der BUND nicht widerspruchsberechtigt. Das können wir nicht akzeptieren und haben deshalb im Juli beim Verwaltungsgericht Frankfurt Klage eingereicht. „Laut dem BAFA hätten weder Privatpersonen noch Umweltverbände die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit von Atomexporten gerichtlich prüfen zu lassen, obwohl sie unmittelbar Leben und Umwelt bedrohen", sagt Klaus Brunsmeier, Mitglied im BUND-Landesvorstand. Diese abstruse Rechtsauffassung darf deshalb keinen Bestand haben. Letztendlich aber fordert der BUND die sofortige Stilllegung der Urananreicherung und Brennelementeproduktion in Deutschland. Hier muss die Bundesregierung endlich liefern.
Die Klage hat auch grundsätzliche Bedeutung, weshalb der BUND in NRW tatkräftig vom BUND-Bundesverband unterstützt wird.

MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/atomkraft

VOLLER ENERGIE

Die "Energiewende von unten" ist ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Um den stockenden Ausbau der erneuerbaren Energien voran zu bringen, haben jetzt BUND-Aktive um Willi Hennebrüder und Dieter Attig (r.) die 'Genossenschaft Umweltinitiative Lemgo/Lippe e.G.' gegründet. Ziel ist die Standortsuche und Realisierung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie. Binnen kurzer Zeit traten schon 40 Personen der Genossenschaft bei, viele von ihnen auch BUND-Mitglieder. Ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Mehr Infos und ein Interview mit dem Genossenschaftsgründer Dieter Attig finden Sie auf der BUND-Homepage.

www.bund-nrw.de/energiegenossenschaften

Foto: Jörg Farys/die.projektoren

Mit einem Happening vor dem Landtag in Düsseldorf feierten wir die erfolgreiche Volksinitiative.

VOLKSINITIATIVE ARTENVIELFALT

115.035

Trotz Corona konnten wir das notwendige Quorum für die Volksinitiative Artenvielfalt deutlich übertreffen. Jetzt ist das Parlament gefordert.

Fast ein Jahr lang haben die NRW-Landesverbände des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU) und des Naturschutzbundes (NABU) Unterschriften für die ‚Volksinitiative Artenvielfalt NRW' gesammelt. Mit Erfolg: Unterstützt von einem breiten Bündnis aus fast 100 Organisationen und einem enormen ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder ist es gelungen, weit über das gesetzliche Quorum von rund 66.000 Unterschriften hinaus die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Am 1. Juli reichten die Landesvorsitzenden der Verbände die gesammelten Unterschriften bei Landtagspräsident Andrè Kuper ein.

BUNTES ABSCHLUSSFEST VOR DEM LANDTAG

115.035 Bürgerinnen und Bürger gaben der Volksinitiative trotz der von der Corona-Pandemie diktierten Bedingungen ihre Stimme. Mit diesem Rückenwind setzen die Naturschutzverbände den dramatischen Verlust an Pflanzen- und Tierarten als existenzielle Herausforderung auf die Agenda des Landtags und legen konkrete Vorschläge für ein ‚Handlungsprogramm Artenvielfalt NRW' vor. Damit eröffnet sich eine Riesenchance, den Natur- und Artenschutz in NRW umfassend in allen relevanten Handlungsfeldern der Landespolitik umzusetzen. Denn das Land steht vor einer Wegmarke: Weiter-so unter Inkaufnahme des weiteren Verlusts an Artenvielfalt oder konsequentes Umsteuern?

Foto: Jörg Farys/die projektoren

Etliche der aktiven Unterschriftensammler*innen waren zum Abschlussfest auf die Landtagswiese gekommen. Sie repäsentierten die ganze Vielfalt der Volksinitiative: Ob Biolandwirt, Imkerin, Nachwuchsnaturschützer oder altgediente Aktivistin - alle waren dabei. Zuvor hatte sich schon ein Transporter mit den in 99 Kartons und 14 Umzugskisten verpackten Unterschriftenbögen auf den Weg gemacht. Landtagspräsident André Kuper nahm sie dann später offiziell in Empfang. Der Landtag muss nun innerhalb von drei Monaten die Rechtmäßigkeit der Volksinitiative feststellen und binnen drei weiterer Monate die Forderungen der Initiative abschließend behandeln.

DAS LAND MUSS HANDELN

Der Ball liegt jetzt also beim Parlament, die Fraktionen müssen Farbe bekennen. „Wir haben unser erstes Ziel erreicht: Wir setzen die Artenvielfalt auf die Tagesordnung des Parlaments", sagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. "Ob Flächenfraß, Pestizide in Schutzgebieten, naturverträgliche Landwirtschaft oder Schottergärten: Die Landesregierung hat den Schutz der biologischen Vielfalt bis heute nicht ernsthaft auf der Agenda und führt ihr mit ihrer Politik vielfach massiven Schaden zu." Mit der Volksinitiative liegen dem Landtag jetzt konkrete Vorschläge vor. "Viel zu viel Zeit ist ungenutzt verstrichen, wir brauchen endlich entschlossenes Handeln, konkrete Beschlüsse und ein verbindliches Umsetzen in Landesgesetze und Förderprogramme", so Sticht.

Viel Zuspruch gab es von den ebenfalls zum Abschlussevent eingeladenen Fraktionsvorsitzenden, die sich allesamt sehr beeindruckt von der sechsstelligen Unterschriftenzahl zeigten. Für die Christdemokraten versicherte Fraktionschef Bodo Löttgen, so viele der Forderungen wie möglich umsetzen zu wollen - aber eben „nicht konfrontativ, sondern im Dialog". Christof Rasche erklärte für die FDP, dass seine Partei in den letzten Jahren dazugelernt habe, beim Thema Naturschutz könne man mehr tun. Ob dies nette Worthülsen bleiben, wird sich jetzt im parlamentarischen Verfahren zeigen. Die Chefin der grünen Landtagsfraktion und der SPD-Fraktionsvorsitzende sicherten jedenfalls konkrete Unterstützung zu.

POLITIKWECHSEL

Ob in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachen und Brandenburg - überall dort, wo ähnliche Volksbegehren oder Volksinitiativen auf den Weg gebracht haben, sind in der Folge wichtige Debatten entstanden und kam es bei aller Unterschiedlichkeit im Detail zu konkreten Beschlüssen und Veränderungen. Das erhoffen wir uns auch für NRW. Ob sich die große Kraftanstrengung letzendlich gelohnt hat, wird aber wohl erst mit der Landtagswahl 2021 entschieden. Bislang lässt die Regierung Laschet jedenfalls jegliches Engagement für mehr Artenschutz vermissen.

MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/volksinitiative

Foto: Jörg Farys/die projektoren

Foto: Jörg Farys/die projektoren

Dank an die tollen Unterstützer*innen: Die Landesvorsitzenden von NABU, BUND und LNU Heide Naderer, Holger Sticht und Mark vom Hofe.

Foto: Stadt Langenfeld

Bürgermeister Frank Schneider (3.v.r.) übergab die Spendenscheck an Holger Sticht und Karl Wilhelm Bergfeld (r.).

SPENDEN FÜR DEN MEERESSCHUTZ

Meeresschutz beginnt auch in Langenfeld. Mit dem erfolgreichen "1.000-Becher-Programm" der Stadt wird jetzt ein BUND-Projekt gegen die Plastikflut unterstützt.

Im Rahmen eines städtischen Projektes wurden insgesamt 1.000 quietschgrüne Thermobecher gegen eine Mindestspende von 10 Euro in Langenfeld verteilt. Um das Projekt besonders nachhaltig zu gestalten, gingen die Einnahmen durch die Spenden nicht ins Stadtsäckel, sondern wurden von der Stadt weitergeleitet. Ziel des Projektes war es, nicht nur in Langenfeld etwas gegen unnötige Verpackungsnutzung zu tun, sondern sich auch über den Tellerrand blickend mit den Folgen unseres Plastik- und Verpackungskonsums auseinanderzusetzen. Hierfür hat die Stadt vier Projekte ausgewählt, darunter auch das BUND-Meeresschutz-Projekt. Der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht und Karl-Wilhelm Bergfeld, BUND-Vorstand Langenfeld, nahmen den 2.000 Euro- Spendenscheck aus der Hand des Langenfelder Bürgermeisters Frank Schneider entgegen. "Die Spende soll gezielt zur Bekämpfung des Problems der Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll eingesetzt werden", so Bergfeld. Bürgermeister Schneider freute sich, "dass das 1.000-Becher-Programm so ein großer Erfolg war und wir damit einen erheblichen Beitrag zur Vermeidung von Einwegverpackungen innerhalb aber auch außerhalb Langenfelds leisten konnten."

Das Beispiel zeigt, dass der Schutz unserer Meere auch bei uns vor der eigenen Haustüre beginnt. Zur Nachahmung empfohlen.

MEHR ZUR BUND-OG LANGENFELD

https://www.bund-kreis-mettmann.de/kreisgruppe/ueber-uns/kreis-ortsgruppen/langenfeld/

LESETIPP

BUND-HINTERGRUND „WALD UND HUFTIERE, ARTENSCHUTZ UND KARNIVORE“

Nach „Eckpunkte für eine Waldwende NRW“ und „Wald, Forst und Borkenkäfer“ ist mit „Wald und Huftiere, Artenschutz und Karnivore“ nun die dritte Publikation des BUND NRW zum Themenfeld „Wald“ erschienen. Darin wird auf Basis naturwissenschaftlicher Veröffentlichungen beleuchtet, welche Sinnhaftigkeit darin besteht, einheimische, aber auch neue wild vorkommende Tierarten zu bekämpfen.

Ist der Damhirsch wirklich eine neue Tierart und gehört er deswegen nicht hier hin? Muss ich den gefährdeten Iltis bekämpfen, um den stark gefährdeten Kiebitz zu retten? Kann und muss der Jäger wirklich den Wolf ersetzen, weil ansonsten zu viele Hirsche den Wald auffressen? Und was ist überhaupt ein Wald?

Die Antworten auf diese und einige weitere Fragen, insbesondere begründete Lösungsansätze liefert dieser neue BUND-Hintergrund und trägt damit hoffentlich zur dringend notwendigen Versachlichung der Debatte bei.

DOWNLOAD

www.bund-nrw.de/publikationen

www.twitter.com/bund_nrw

Auf Twitter halten wir Sie auf dem Laufenden! Schauen Sie einmal vorbei!

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 22.900; **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2021 © BUND NRW e.V., August 2021